Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Nettreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 298. [48. Jahrgang.] Sonnabend den 19. Dezember 1908. [48. Jahrgang.] Nr. 298.

Berlin, den 18. Dezember.

Die Eröffnung des ottomanischen Parlaments

hat am 17. d. M. in feierlicher Weise in Konstantinopel stattgefunden. Die Thronrede des Sultans hatte folgenden Wortlaut:

Senatoren und Deputierte! Infolge der Schwierigkeiten, denen die Anwendung der Verfassung begegnet ist, die Wir bei Unserer Thronbesteigung in Kraft gesetzt haben, und da hohe Staatswürdenträger es als eine Notwendigkeit bezeichneten, ist die Deputiertenkammer damals provisorisch geschlossen und die Anwendung der Verfassung suspendiert worden, bis die Bevölkerung zu dem Grade des Fortschritts gelangt wäre, den man von der Förderung des öffentlichen Unterrichts erhoffte, und die Zusammenberufung der Kammer ist bis zu dieser erwünschten Zeit hinausgeschoben worden. Wir haben Unsere Bemühungen der Schaffung von Schulen in allen Teilen Unseres Reiches gewidmet. Dank der Gnade Gottes ist dieses Ziel erreicht worden. Infolge der Förderung des öffentlichen Unterrichtes hat sich die kulturelle Höhe aller Klassen der Bevölkerung gehoben. Infolge des in der Oeffentlichkeit hervorgetretenen Wunsches und im Hinblick darauf, daß dieser Wunsch gegenwärtig und zukünftig das Wohlergehen Unseres Landes zu sichern geeignet ist, haben Wir nunmehr nicht gezögert, trotz derjenigen, welche gegenteiliger Ansicht waren, von neuem eine Verfassung zu proklamieren. Wir haben neue Wahlen angeordnet und von neuem eine Deputiertenkammer zusammenberufen. Infolge der Veränderung im Verwaltungswesen haben Wir die Würde des Großwesirats Kamil Pascha anvertraut. Aber während der unter seinem Präsidium zusammengetretene Ministerrat mit der Organisation der neuen konstitutionellen Regierung beschäftigt war, erklärte der Fürst von Bulgarien und Wali von Ostrumelien aus irgend einem mit der Treue gegen Unser Reich nicht zu vereinbarenden Grunde die Unabhängigkeit Bulgariens. In der Folge hat auch Oesterreich-Ungarn der Hohen Pforte und den Mächten mitgeteilt, es habe sich entschlossen, Bosnien zu annektieren, dessen vorläufige Besetzung ihm durch den Berliner Vertrag anvertraut worden war. Diese beiden wichtigen Ereignisse, die das Recht und die Beziehungen zu Uns verletzen, haben Unser lebhaftes Bedauern hervorgerufen. Infolge dieser Verletzungen haben Wir Unserem Ministerrat es überlassen, daß er Sorge trage für die nötigen Anordnungen zur Verteidigung der Rechte des Staates. In diesen Fragen sowohl wie überhaupt in der ganzen Angelegenheit wünschen Wir die Unterstützung und den Beistand des Parlaments. Bei den guten Beziehungen, wie sie zwischen Unserem Reiche und allen Mächten bestehen, hoffen Wir fest, daß unter dem Beistande der befreundeten Großmächte die schwebenden politischen Fragen eine gute Lösung finden werden. Es ist Unser lebhafter Wunsch, daß die Finanzen in Ordnung gebracht, das Gleichgewicht des Budgets hergestellt, die Wohlfahrt Unseres Reiches gefördert, die Zahl der Schulen vermehrt und diese selbst reorganisiert werden zum Zwecke der Verbreitung der Literatur, der Künste und der landwirtschaftlichen Kenntnisse. Ferner wünschen Wir, daß Unser Landheer und Unsere Flotte vergrößert und vervollkommnet werden, und Wir hoffen auch, daß die Abgeordneten sich der Mühe unterziehen werden, die diesbezüglichen von den verschiedenen staatlichen Departements ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zu prüfen, um Gesetze zu schaffen, die der Genehmigung des Senats unterbreitet werden können. Indem Wir Unserem Lande Glück und Segen wünschen, wollen Wir heute die Kammer eröffnen. Wir wünschen der Nation ein glückliches Gedeihen. Unser Verlangen, das Reich der Verfassung gemäß regiert zu sehen, ist fest und unabänderlich. (Langanhaltender Beifall und Hochrufe auf den Sultan.) Gott möge geben, daß die Arbeit der Deputiertenkammer dem Lande zum Segen gereiche; möge das Reich jeglicher Wohlfahrt teilhaftig werden, der Allerhöchste verleihe uns allen Erfolg! (Beifall.)

Nach der Verlesung der Thronrede begab sich Galib Pascha in die Diplomatenloge und überbrachte dem diplomatischen Korps die Grüße des Sultans, der auf die Unterstützung der Großmächte bei der Neugestaltung der Türkei hoffe. Der deutsche Botschafter Freiherr Marschall v. Bieberstein dankte im Namen des diplomatischen Korps und sagte den Beistand der Großmächte zu.

* * *

Ueber die Vorgänge bei und nach der Eröffnungsfeier wird aus Konstantinopel, den 17., weiter berichtet:

Eine tausendköpfige Menge füllte alle Zufahrtsstraßen. Um 12 Uhr versammelten sich die Abgeordneten im Sitzungssaale. Vor der Präsidententribüne nahmen die Minister, die staatlichen und geistlichen Würdenträger, das Kabinett, das diplomatische Korps, zur Linken die Senatoren Platz. Die Uniformen und bunten Talare boten ein farbiges, eindrucksvolles Bild, auch dem sich die in weißes Gewand gekleidete Gestalt des Scheich ul Islam abhob. Das diplomatische Korps hatte sich in der englischen Botschaft versammelt und fuhr in corpore vor, der Botschafter Frh. v. Marschall als Doyen an der Spitze. Kurz nach 1 Uhr erschien der Sultan, geleitet von mehreren kaiserlichen Prinzen und von der Versammlung stehend in lautloser Stille empfangen. Der erste Sekretär des Sultans lud die Mitglieder der Thronrede, die ihm der Großwesir überreichte. Nach der Verlesung wurde ein Gebet gesprochen, während die Kriegsschiffe im Hafen Salut schossen, Musik spielte, und die Menge in Jubelrufe ausbrach. Nach Beendigung des Gebets sprach der Sultan mit laum hörbarer Stimme einige Worte, worauf er den Saal verließ. Die ganze Zeremonie hatte kaum eine Viertelstunde gedauert. Der Sultan, der den Weg zu Wagen zurücklegte, wurde auf der Hin- und Rückfahrt von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.

Eine ausführlichere Meldung besagt: Die zur Parlamentseröffnung Eingeladenen waren in Galauniformen erschienen, die Deputierten trugen Zivilkleidung. Der Sultan wurde bei seinem Eintreffen vom dem Parlament mit militärischen Ehrenbezeigungen und Musik begrüßt. Die Minister begrüßten ihn und geleiteten ihn und die Prinzen in das Gebäude. Der Sultan betrachtete das Haus schweigend einige Minuten lang. Nach der Thronrede sagte er mit leiser Stimme, er schöpfe sich glücklich, unter den Deputierten zu sein, und wünsche ihnen schönen Erfolg. In der Diplomatenloge sagte der Oberzeremonienmeister Galib, der selbst seit heute beinahe nicht in der Lage gewesen, zu kommen, fühle sich jetzt jedoch wohl.

Gleich nach der Thronrede äußerten liberale Deputierte ihre Unzufriedenheit und ihr Erstaunen, daß der Sultan nicht, wie die Zeitungen es angekündigt hatten, den Eid auf die Verfassung geleistet hätte, und verweigerten die programmgemäße Gliederung. In den Coulors herrschte Bewegung wegen dieses Zwischenfalles. Mehrere Deputierte verlangten vom Großwesir Auskunft. Der Zwischenfall wurde dann beigelegt, indem darauf hingewiesen wurde, daß der Sultan bereits einmal den Eid vor dem Scheich ul Islam geleistet habe, und daß die von den Zeitungen angekündigte neuerliche Eidesleistung nicht auf dem Programm gestanden habe. Es geschah Ehrfurcht an den Sultan ein derartiges Verlangen nicht gestellt worden, und daher sei die Eidesleistung nicht in das offizielle Programm aufgenommen worden. Auch seien die konservativen Abgeordneten dagegen gewesen. Infolge der Unterlassung der Eidesleistung seitens des Sultans sind die Abgeordneten nicht, wie vorgesehen, einzeln vereidigt worden, sondern der Alterspräsident, der Deputierte von Trapezunt Kali, hat die Eidesformel verlesen, wonach die Deputierten schworen, dem Vaterland, der Verfassung und ihrer Mission treu zu bleiben, solange der Sultan die Verfassung halte, die er beschworen habe. Die Deputierten betrifftigten diese Verlesung nur mit dem türkischen Eidwort. Es entstand sodann eine lebhafte Diskussion in der Kammer, ob zuerst die Wahlstatistik vorgelegt werden müßten, oder ob die Einteilung in Kommissionen vorgenommen werden sollte. Auf Zureden Ahmed Rifas erfolgte dann zunächst die Einteilung in fünf Kommissionen. Die nächste Sitzung ist auf Sonnabend angesetzt.

Seit dem Kanonenfalut nach der Thronrede dauert das Revolverschießen in der Stadt fort. Die Parlamentseröffnung gestaltet sich zu einem Volksfest. Ministerien, Botschaften, Banken und Privatgebäude sind festlich beleuchtet. Ein besonders prächtiges Bild bietet der Bildspalast und seine Umgebung. Man liest Inschriften wie: Es lebe die Verfassung! Es lebe unser konstitutioneller Herrscher! Auch viele der im Hafen liegenden Schiffe haben illuminiert. Die Ruhe ist, soweit bekannt, bisher nirgend gestört worden. Aus den Provinzen laufen Meldungen über ähnliche Volksfeiern ein.

* * *

Auch andere Volksvertretungen, sowie im Auslande lebenden Türken gedachten gestern der Eröffnung des ottomanischen Parlaments und richteten Sympathiekundgebungen nach Konstantinopel. Die darüber vorliegenden Telegramme berichten:

Rom, 17. Dezember. Der Senat hat einen Vorschlag Lassis, aus Anlaß der Eröffnung des türkischen Parlaments dem türkischen Volke den Gruß Italiens zu übermitteln, einstimmig angenommen. — In der Deputiertenkammer erinnerte Sonnino an das heute sich vollziehende geschichtliche Ereignis der Eröffnung des türkischen Parlaments und schlug vor, der Präsident solle dieser neuen Volksvertretung die Grüße und Wünsche der italienischen Kammer übermitteln. (Lebhafte Zustimmung.) Minister des Aeußern Tittoni erklärte sich im Namen der Regierung mit dem Vorschlage einverstanden. Der Präsident der Kammer erklärte, er habe selbst den Vorschlag machen, aber erst abwarten wollen, daß die türkische Kammer sich konstituiert hätte. Die von Sonnino und dem Minister Tittoni zum Ausdruck gebrachten Gesinnungen würden von allen geteilt. Der Vorschlag Sonninos wurde darauf einstimmig angenommen.

Paris, 17. Dezember. Deputiertenkammer und Senat haben an das türkische Parlament Begrüßungstelegramme gerichtet.

Sofia, 17. Dezember. Der Geschäftsträger des ottomanischen Kommissariats, Reschid Bei, machte dem Ministerpräsidenten persönlich Mitteilung von der feierlichen Eröffnung des Parlaments. Der Ministerpräsident hob hervor, daß dies ein großes, freudiges Glückwünsche der bulgarischen Regierung zu übermitteln. Auf dem ottomanischen Kommissariat wurde heute ein Empfang abgehalten, zu welchem eine Abordnung der Sobranje erschien, um die Glückwünsche der Sobranje zum Ausdruck zu bringen.

Belgrad, 17. Dezember. Die Skupschtina hat an das türkische Parlament aus Anlaß seiner Eröffnung ein begeistertes Begrüßungstelegramm gesandt, in welchem sie ihre Nachbarn und Freunde zu der großen Errungenschaft beglückwünscht. Der Präsident der Skupschtina, Nowakowitsch, sandte an den Präsidenten des türkischen Parlaments ein Begrüßungstelegramm, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß beide Völker in der Ausübung der bürgerlichen Freiheiten die Ermunterung und Kraft finden werden, dasjenige würdig zu wahren, was ihnen ihre Vorfahren als gemeinsames Gut hinterlassen haben.

Athen, 17. Dezember. Die Kammer ermächtigte den Präsidenten, dem ottomanischen Parlament aus Anlaß seiner Eröffnung die besten Wünsche des Hauses telegraphisch zu übermitteln.

Kairo, 17. Dezember. (Reuters Telegramm-Gesellschaft.) Die Eröffnung des türkischen Parlaments wird von der hiesigen türkischen Kolonie durch ein Festbankett gefeiert. Unter den Teilnehmern befindet sich der neue Generalgouverneur von Bagdad. Die Festteilnehmer werden eine Adresse an das Parlament senden. Die Straßen sind reich beflaggt, zuweilen zeigt sich auch die französische Flagge. Einige Mitglieder der türkischen Kolonie durchzogen die Straßen der Stadt mit dem Rufe: Boykottiert Oesterreich! Der ägyptische Kriegsminister lehnte die Bitte der hiesigen türkischen Kolonie ab, zum Tage der Eröffnung des Parlaments auf der Zitadelle einen Salut von 90 Schüssen abzugeben.

Die Annexionsvorlage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Im österreichischen Abgeordnetenhause nahm Ministerpräsident von Bienerth in der am Donnerstag fortgesetzten Beratung der Annexionsvorlage das Wort zu einer längeren Erklärung.

Er betrachte zunächst die Oesterreich-Ungarn durch Gewährung einer Verfassung in der Türkei auferlegte Notwendigkeit der Erstreckung der Souveränitätsrechte auf die okkupierten Provinzen, zumal die Verleihung der für die annektierten Provinzen vorgesehenen verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne eine jeden Zweifel beseitigende Darstellung des Besitzstandes Oesterreich-Ungarns auf diese Provinzen unmöglich gewesen wäre. Wesentlich ist aber auch der Umstand, führte der Ministerpräsident weiter aus, daß der Regierung schon seit geraumer Zeit bekannt war, daß in Serbien und Montenegro die phantastische Hoffnung genährt wurde, Oesterreich-Ungarn könnte die Okkupation in absehbarer Zeit beendigen, und daß vor Serbien aus Vorbereitungen und Versuche gemacht wurden, um in Bosnien und der Herzegowina Unruhen hervorzurufen. Die serbische großserbische Agitation ist mußte ein entschiedener Schritt getan werden, um die Zukunft der Provinzen sicherzustellen und dieser Agitation den Boden zu entziehen. Durch die Zurückziehung der Truppen aus dem Sandschak wurde der Kern für ein Zweifel darüber gelassen, daß wir keinerlei weitergehende aggressive Pläne verfolgen, und daß wir mit dem freundschaftlichsten Wohlwollen und den besten Wünschen, den uneigennützigsten und freundlichsten Absichten dem neuen Regime in der Türkei gegenüberstehen. Leider wurde und die durch die Verhältnisse aufgezwungene Aktion in Bosnien von einem Teile der türkischen öffentlichen Meinung verargt, und die Verkennung der großen Sympathieen, die wir der konstitutionellen Türkei entgegenbringen, gelangte in unliebsamer Weise durch den Boykott zum Ausdruck. Die Türkei hat den letzten Aufschwungen der türkischen Regierung bezüglich dieser Angelegenheit und gegebenen Erklärungen veranlaßten uns, die unterbrochenen Verhandlungen wegen Bosnien wieder aufzunehmen, und die Aussichten für den Fortgang der Verhandlungen sind nicht ungünstige. Der Ministerpräsident sagte, er möchte auf Grund der Ihm vom Minister des Aeußern gewordenen Mitteilungen der Ansicht Ausdruck geben, daß die leitenden türkischen Staatsmänner zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß die Interessen der Türkei am besten durch ein Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie gewahrt werden. Ein Einvernehmen der Türkei mit Oesterreich-Ungarn wird für beide Teile auch unerläßlich bei bevorstehenden Konferenz von Wert sein, deren Zusammentritt wir für erwünscht halten, und bezüglich deren wir bereit sind, unterseits durch möglichstes Entgegenkommen ihre Verwirklichung zu ermöglichen. Die einzige Voraussetzung der Beschickung der Konferenz für uns ist, daß bezüglich ihrer Aufgaben vorher zwischen den Mächten völlige Einigung stattfindet. Ist dies der Fall, dann wird die Konferenz jedenfalls den Erfolg haben, die heute unleugbar noch vorhandene politische Spannung aufzuheben, und man darf mit Sicherheit warten, daß ein zwischenlicher Ausgleich der noch bestehenden abweichenden Auffassungen auch eine mildernde Wirkung auf die und tendenziöse Stimmung in Serbien und Montenegro ausüben wird, und daß in den beiden Ländern eine ruhigere Auffassung der gegebenen Situation eintreten wird. Wir wissen uns frei von jeder aggressiven Tendenz gegen wen immer. Wir vertrauen nur in gutem Glauben unser gutes Recht. Dieses gute Recht folgt aus der sachlich und rechtlich durchaus unbestrittenen, unumstrittenen Herrschergewalt über die annektierten Provinzen, die nunmehr nur mit den Garantieen einer klar umschriebenen festen Rechtsordnung ausgestattet wurden.

Der Ministerpräsident wandte sich hierauf zu der Provinzialverfassung, die unter Gewährung aller Bürgerrechte, namentlich was das Wahlrecht betrifft, den besonderen Verhältnissen beider Länder angepaßt werden müsse. Die gemeinsame Regierung habe das aufrichtige Bestreben, diese Aufgabe im besten Sinne zu lösen und den Einrichtungen und Bedürfnissen aller Bevölkerungskreise Rechnung zu tragen. Die österreichische Regierung werde den Einfluß Oesterreichs auf die Regelung dieser Frage in vollstem Umfange zu wahren wissen.

Hinsichtlich der Anschauungen der Gegner der Annexion, des Abgg. Resmer und Malik, dürfte die Wahrheit in der Mitte liegen. Wenn aber der Abg. Malik eine Reihe von Märchen erzählte, die in irgendwelchen ausländischen Blättern über kriegerische Vorbereitungen verbreitet würden, dann müsse er — der Ministerpräsident — freilich sagen: Hier liegt die Wahrheit nicht in der Mitte, sondern sehr, sehr weit entfernt. Die die Einverleibung betreffende staatsrechtliche Frage zwischen Oesterreich und Ungarn sei einer späteren Regelung vorbehalten. Freiherr v. Bienerth fuhr fort: Abg. Prinz Liechtenstein hat ausführlich dargelegt, daß Oesterreich mindestens ein ebenso großes Recht auf diese Länder wie Ungarn habe. Sowohl der tiefstehende, als auch der jenseitige Gesetzentwurf geben alle wünschenswerten Sicherheiten dafür, daß Oesterreichs Ansprüche auf diese Mitbesitzrechtigung an den beiden Ländern in vollstem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Moralische gründen sich diese Ansprüche auf die beiderseitigen Opfer an Gut und Blut und auf die gemeinsame Kulturarbeit. Rechtlich fußt sich Oesterreichs Anspruch zunächst auf den Berliner Vertrag, sowie auf die Bestimmungen des ungarischen Gesetzes vom Jahre 1880, wonach die Rechtsstellung der okkupierten Länder nur mit Zustimmung der österreichischen Gesetzgebung geändert werden kann. Nach diesem Gesetz ist jeder Zweifel an der Parität des österreichischen Rechtstitels ausgeschlossen. Die Divergenzen in dem Text der beiden Gesetze sind nicht im stande, diesen Rechtsanspruchen irgendwie zu präjudizieren. Was uns heute vor allem not tut, so schloß der Ministerpräsident, ist die volle Einheit und Einigkeit aller Faktoren der öffentlichen Gewalt, der Krone, des Parlaments und der Regierung. Diese Einheit bilde die stärkste Schutzwehr; sie gestattet uns, allen kommenden Mißlichkeiten mit jener Ruhe entgegenzublicken, die das Bewußtsein der eigenen Kraft, der gerechten Sache und der Willensübereinstimmung zwischen Herrscher und Volk verleiht. In diesem Sinne bitte ich um Annahme der Dringlichkeit, damit die gesetzliche Grundlage des Staatsakts vom 5. Oktober mit aller Beschleunigung erfolgt. (Beifall und Händeklatschen.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Redlich (Deutsche Fortschrittspartei), er sei ein Anhänger der Annexion, und eine solche Erledigung der Annexionsvorlage sei unbedingt notwendig.

Diedusyzyl sagte, der Polenklub werde für die Dringlichkeit der Vorlage stimmen. Er wünsche eine freundschaftliche Annäherung an die christlichen Balkanstaaten. Ein Kampf gegen Serbien und Montenegro würde die Polen sehr schmerzen. Wir wünschen nicht, sagte der Abgeordnete, vielleicht in die Lage zu kommen, wegen unserer einzigen Bündnisse von anderen Staaten angefeindet zu werden. Redner verwies dann auf die Debatten in Berlin und Rom und verwahrte sich gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. Wir behalten uns das Recht vor, sagte er, von nun an auch über die inneren Angelegenheiten unserer verbündeten Staaten unbehindert zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir treten im Interesse der Monarchie dafür ein, daß wir nach den jetzt gepflogenen Verhandlungen zu England und Frankreich in ein Verhältnis treten, das uns vor einer Lage wie die, in der wir uns noch befinden, sichert. — Zabrabnik erklärte, die böhmischen Agrarier wollten in der heutigen, für die Monarchie überaus schwierigen Zeit keine Komplikationen schaffen und teilten deshalb hinsichtlich der Frage der Dringlichkeit den Standpunkt der übrigen Slawen Oesterreichs. — Graf Zarolin-Lus sagte, der christlich-sozialnationalen Klubs die Annexion nicht nur als katholischer Slawe, sondern auch als Oesterreicher und erklärte, im Süden der Monarchie soll nunmehr allen jenen Slawen ein Dort entstehen, welche nur mit ihrer großen Oesterreich-Ungarn sehen. — Trefic-Pavisić trat für Einverleibung Bosniens in Kroatien ein und verlangte die Vorlegung der Annexionsvorlage an den kroatischen Landtag. — Masaryk hielt die Art der Durchführung der Annexion für unberechtigt, verstellt und für einen Vertragsbruch.

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen. Eingegangen ist eine Interpellation der Polen und Ruthenen betreffend die Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens an den Generalgouverneur von Warschau, Skalon, durch die der größte Teil der Bevölkerung Oesterreichs mit Rücksicht auf die in-Polen etablierte Schreckensherrschaft in ihren heiligsten Gefühlen getränkt sei. Nächste Sitzung heute (Freitag).

Rundschau im Auslande.

Marokko.

Die für das Schiedsgericht in der Casablanca-Frage von der deutschen und der französischen Regierung bestellten Schiedsrichter haben sich mit dem schwedischen Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes, Landeshauptmann v. Hammarskjöld, geeinigt. Dieser hat die Wahl angenommen.

Zu den Orientfragen.

Sofia, 17. Dezember. Seit einigen Tagen ist an der türkischen Grenze mit dem Boykott bulgarischer Waren begonnen worden. Ein bulgarisches Schiff, das von Varna kam, ist in Konstantinopel boykottiert worden.

Cetinje, 17. Dezember. Die Skupschtina richtete an die russische Reichsduma und an die italienische Kammer Telegramme, in denen sie ihnen den Dank dafür ausspricht, daß sie sich der bedrohten serbischen Interessen angenommen haben, und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß sie auch in Zukunft ihre Unterstützung in einem solchen für die serbischen Völker kritischen Moment gewähren werden.

Schweiz.

Aus Bern, 17. d. M., wird gemeldet: Der Bundesrat hat in der Mehlzollangelegenheit jüngst beschlossen, an die deutsche Reichsregierung eine Note zu richten, um sie zu ersuchen, sich zu der Frage des Schiedsgerichts zu äußern oder der Schweiz den Mehlzoll freizugeben. Im Nationalrat wurde heute von 45 Mitgliedern eine Interpellation über den derzeitigen Stand der Angelegenheit mit Deutschland eingereicht. Der Tag der Beantwortung durch den Bundesrat ist noch nicht festgesetzt.

Die vereinigte Bundesversammlung hat heute die bisherigen sieben Bundesräte auf eine neue dreijährige Amtsdauer, sowie den Bundeskanzler wiedergewählt. Zum Bundespräsidenten für 1909 wurde mit 147 von 161 Stimmen Dr. Adolf Deucher gewählt. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde Comtesse gewählt, als neues Mitglied des Bundesgerichts Dr. Th. Weiß.

Im englischen Unterhause

erklärte am Donnerstag der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey auf eine Anfrage, das Gerücht, für Portugal sei eine deutsche Anleihe, für welche die Delagoa Bay als Sicherheit diene, zu stande gekommen, entbehre jeglicher Begründung.

Venezuela.

Nach einer über Willemstad in New York eingegangenen Meldung wurde in Maracaibo am 14. Dezember eine Kundgebung gegen Holland veranstaltet, an deren Spitze Mitglieder des Stadtrates standen, und an der eine große Menschenmenge teilnahm.

Haiti.

Wie aus Port-au-Prince, den 17. d. M. telegraphiert wird, ist General Simon vom haitianischen Kongreß einstimmig zum Präsidenten gewählt worden.

Zur Lage in Indien.

In der gestrigen Sitzung des englischen Oberhauses gab der Staatssekretär für Indien, Viscount Morley, über die Lage in Indien und über die in der indischen Verwaltung in Aussicht genommenen Reformen längere Erklärungen ab.

Er sagte, daß nach der Ansicht namhafter Persönlichkeiten der indischen Regierung die Lage der Regierung so gesund und wohl gefestigt sei, als sie es je gewesen ist. (Beifall.) Der Staatssekretär rechtfertigte die jüngsten gesetzgeberischen Maßnahmen, die sich gegen die Ruhestörer richteten, und wies auf die Notwendigkeit hin, diese zu unterdrücken. Es wäre ein Zeichen von Schwäche, wollte man die Politik der Reformen der Bomben und der Mörderklubs wegen aufgeben. Leute, die sonst die beste Gesinnung hätten, würden, wenn die Reformpolitik nachlasse, zu Radikalen und unversöhnlichen Gegnern werden. Sowohl er, der Staatssekretär, als auch die Regierung Indiens seien deshalb niemals in ihrem Entschluß wankend geworden, bei der Politik der Reformen zu beharren. Morley verbreitete sich sodann über die beabsichtigten Reformen und erklärte dabei, daß er nicht den Ehrgeiz habe, in Indien ein parlamentarisches System einzuführen. Die Reformen bestünden in der Schaffung eines neben dem Ernennungssystem bestehenden Wahlsystems zur Bestimmung der Mitglieder der provinziellen Legislativräte, in einer Verstärkung der Räte der Hauptprovinzen sowie in einer Erweiterung ihrer Befugnisse. Ferner werde beabsichtigt, die jetzige Zusammensetzung der Provinzialräte, deren Mehrheit durchweg aus Beamten bestehe, abzuschaffen und dem Exekutivrat des Vizekönigs einen Eingeborenen beizugehen, sobald eine Stelle freiwerde. Morley deutete an, daß er die zur Einführung dieser Reformen notwendigen Gesetzesvorlagen im nächsten Jahre einzubringen gedenke.

Zum Schlusse sagte er: Die Erhaltung der britischen Autorität in Indien würde leichter sein, wenn England die Unterstützung der Inder selbst hätte. England besitzt militärische und materielle Stärke genug, aber es bedarf, um das indische Volk zu leiten, noch der moralischen Stärke.

Präsident Roosevelt und das Repräsentantenhaus.

Wie aus Washington berichtet wird, nahm das Haus der Repräsentanten in seiner gestrigen Sitzung einstimmig eine Resolution an, in der Präsident Roosevelt aufgefordert wird, mitzuteilen, was die Veranlassung zu der in Roosevelts letzter Botschaft enthaltenen Aeußerung gegeben habe, die Mitglieder des Kongresses hätten sich bei der Annahme des Beschlusses, daß die Tätigkeit der Geheimpolizisten begrenzt werden solle, von der Ermäßigung leiten lassen, daß diese Beamten das Verhalten der Deputierten selbst übermacht hätten.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser folgte gestern abend einer Einladung des Offizierkorps des Regiments Gardes du Corps in Potsdam zum Diner; an diesem nahm auch Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz teil.

** Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem König Manuel von Portugal auf freier Erfindung beruhen.

* Der Herzog von Sachsen-Altenburg ist gestern nachmittag von Altenburg auf zwei Tage nach Berlin abgereist.

* Die Erbprinzessin Reuß j. L. ist gestern von hier nach Gera abgereist.

* Se. Majestät der Kaiser Nikolaus II. von Rußland begeht am 19. d. die Feier seines Namenstages.

---

* Der Minister für Handel und Gewerbe Delbrück ist in dienstlichen Angelegenheiten abgereist.

** Der deutsche Gesandte in Christiania v. Treutler ist von dem ihm Allerhöchst bewilligten Urlaube auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

---

* General der Infanterie z. D. v. Bieberstein aus Oberwalde und Generalleutnant z. D. v. Bitzhum aus Meiningen kommend sind hier eingetroffen und im Hotel Hadeburger Hof abgestiegen.

---

* Die Wiederkehr des Tages des Gefechtes von Longeau, 16. Dezember 1870, führte heute das ehemalige Offizierkorps des 2. Garde-Dragoner-Regiments zu einem fröhlichen Regimentsfeste im Hotel Kaiserhof wieder zusammen. Das Fest wurde diesmal im engsten Kreise gefeiert. Das Kaiserhoch brachte der Regimentsälteste, Rittmeister v. Neumann-Hansberg, aus. Dann hielt Rittmeister Graf de Lamerens-Jouy willkommen und gedachte des täglich verstorbenen Rittmeisters Oppenheim, sowie aller heimgegangenen Kameraden und Freunde des Regiments. Geh. Rat Uhlig rühmte dann das Regiment und die treue Kameradschaft, machte Mitteilung von einem diese kameradschaftliche Gesinnung anerkennenden Schreiben des Generalobstleutnant v. Plessen und widmete den Teilnehmern Erinnerungsblätter. Oberst v. Krause feierte unter lebhaftem Dankesbezeigungen die ehemaligen Rittmeisterjunker. Außer den Genannten nahmen an dem Feste teil die Herren: Rittergutsbesitzer Werner, Oberleutnant v. Bem Bunsdorf, Rittergutsbesitzer Kindler und Sohn, Oberleutnant Kabes, Kapellmeister Paulick, Bankdirektor Peyer, Oberleutnant Richter, Hauptmann v. Wangenow. Die Musik wurde vom Kaiserkorps des 2. Garde-Dragonerregiments ausgeführt.